

100 Jahre *Gemeinwirtschaft*: Ludwig von Mises' Widerlegung aller Spielarten des Sozialismus



THORSTEN POLLEIT * • Februar 2022

Zusammenfassung

- Im Jahr 1922, also vor 100 Jahren, legt Mises sein Buch *Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus* vor. In diesem Werk unterzieht Mises den Sozialismus und all seine Spielarten einer tiefgreifenden kritischen Analyse mit den Mitteln des wissenschaftlich-nationalökonomischen Denkens.
- Dass der Sozialismus zum Scheitern verurteilt ist, dass er unmöglich ist, liegt nicht etwa daran, dass die Menschen moralisch zu niedrig stehen, dass man sie nur «besser» machen muss, damit die sozialistische Traumwelt Realität werden kann. Der entscheidende Grund ist, dass eine Wirtschaftsrechnung im Sozialismus undurchführbar ist. Im Kapitalismus ist es den Unternehmern möglich, eine Wirtschaftsrechnung durchzuführen, weil sie auf Marktpreise zurückgreifen können. Ihr Gewinnmotiv stellt sicher, dass sie die Verbraucher mit den Gütern versorgen, die am dringendsten benötigt werden. Völlig anders stehen die Dinge im Sozialismus. Hier ist die Wirtschaftsrechnung ganz und gar unmöglich. Fehllenkung und Verschwendung von knappen Ressourcen sowie wirtschaftliches Chaos und Verelendung sind die unabwendbaren Folgen.
- Das Eigentum ist in einer freien Marktwirtschaft das Resultat friedvoller und produktiver Kooperation zwischen Menschen. Der Sozialismus attackiert diese Ordnung, indem er das Sondereigentum an den Produktionsmitteln verstaatlichen will. Das Sondereigentum der Produktionsmittel zementiert mitnichten die existierenden Besitzverhältnisse, wie die Befürworter des Sozialismus behaupten. In einer freien Marktwirtschaft muss der Eigentümer seine Produktionsmittel vielmehr in den Dienst der Nachfrager stellen. Er muss so gesehen sein Eigentum jeden Tag aufs Neue erwerben. In einem freien Markt gibt es daher auch keinen unverrückbaren, auf ewig garantierten Besitzstand, wie etwa im Feudalismus.

* Der Autor, Prof. Dr., ist Honorarprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth, Präsident des Ludwig von Mises Instituts Deutschland und Mitglied des Akademischen Beirats des Liberalen Instituts.

Im Jahr 1922, also vor 100 Jahren, legt Mises sein Buch *Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus* vor. Im Vorwort zur englischen Ausgabe (sie erscheint unter dem Titel *Socialism. An Economic and Sociological Analysis*) merkt Friedrich August von Hayek an, ihn und viele andere – wie zum Beispiel Wilhelm Röpke (1899–1966) und Lionel C. Robbins (1898–1984) – habe die Lektüre von Mises' Buch von den sozialistischen Überzeugungen, die gegen Ende des Ersten Weltkriegs Zustimmung fanden, abgebracht und zu überzeugten Marktwirtschaftlern werden lassen.

In diesem Werk unterzieht Mises den Sozialismus und all seine Spielarten einer tiefgreifenden kritischen Analyse mit den Mitteln des wissenschaftlich-nationalökonomischen Denkens. Sein Aufsatz *Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen* (1920) geht nahezu wortgleich darauf ein und bildet auch das zentrale Argument für den Nachweis der Unmöglichkeit des Sozialismus: Der Sozialismus ist undurchführbar, weil in ihm eine Wirtschaftsrechnung unmöglich ist.

Wissenschaftliche Falsifizierung des Sozialismus

Dass der Sozialismus zum Scheitern verurteilt ist, dass er unmöglich ist, liegt nicht etwa daran, dass die Menschen moralisch zu niedrig stehen, dass man sie nur «besser» machen muss, damit die sozialistische Traumwelt Realität werden kann. Der entscheidende Grund ist, dass eine Wirtschaftsrechnung im Sozialismus undurchführbar ist:

«Die Unverwirklichbarkeit des Sozialismus ist nicht in der sittlichen, sondern in der intellektuellen Sphäre begründet. Weil eine sozialistische Gesellschaft nicht rechnen könnte, kann es keine Gemeinwirtschaft geben. Auch Engel könnten, wenn sie nur mit menschlicher Vernunft begabt wären, kein sozialistisches Gemeinwesen bilden.»

Dass Mises' Untersuchung zum Sozialismus eine streng wissenschaftlich fundierte Abhandlung ist, hat einen Grund. Er weiss, dass der Sozialismus sich nicht durch die «bösen Erfahrungen», die man mit ihm gemacht hat, entzaubern und widerlegen lässt. Selbst die Erfahrung seines Scheiterns kann das nicht leisten, weil sich Erfahrung verschiedentlich deuten lässt. Man kann immer behaupten, dass sich die Missstände, die im «real existierenden Sozialismus» bestanden, beim «nächsten Versuch» vermeiden lassen. Man müsse zum Beispiel nur geeigneter Personen in die verantwortungsvollen Positionen bringen. Der Sozialismus könne daher sehr wohl, ungeachtet seiner bislang unbefriedigenden Ergebnisse, künftig erfolgreich sein. Nur Vernunftgründe können aus Mises' Sicht den Sozialismus und seine Versprechungen als falsch entzaubern:

«Den Sozialismus können nur die Ideen des Kapitalismus und des Liberalismus überwinden. Nur im Kampfe der Geister kann die Entscheidung fallen.»

Entzauberung von Träumereien

Gleichzeitig ist sich Mises bewusst, dass man die Kritik des Sozialismus nicht nur streng wissenschaftlich führen muss, sondern dass es auch notwendig ist, sich mit den Vorurteilen, Illusionen und Traumschlössern auseinanderzusetzen, die viele Menschen in die Arme der sozialistischen Heilsversprecher treiben. Er weiss um die Anziehungskraft der sozialistischen Versprechungen. Der Sozialismus, so Mises, «verspricht ein Paradies auf Erden, ein Schlaraffenland voll Glück und Genuss und, was den Schlechtweggekommenen noch süsser mundet, Erniedrigung aller, die stärker und besser sind als die Menge.»

Mises weiss auch um die Abneigung gegen denjenigen, der den Sozialismus entzaubern will:

«Wer für sozialistische Massnahmen eintritt, gilt als Freund des Guten, des Edlen und des Sittlichen, als uneigennütziger Vorkämpfer einer notwendigen Reform, kurz als ein Mann, der seinem Volk und der ganzen Menschheit selbstlos dient Wer an den Sozialismus mit den Massstäben des wissenschaftlichen Denkens herantritt, wird als Verfechter des bösen Prinzips, als Schurke, als feiger Söldling der eigensüchtigen Sonderinteressen einer das Gemeinwohl schädigenden Klasse und als Ignorant in Acht und Bann getan.»

Die Schwierigkeit, eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Sozialismus zu führen, war von den Sozialisten selbst errichtet worden. Die Marxisten hatten einen «Schutzgürtel» aufgebaut, um ihre Lehre vor Kritik abzuschirmen und sie damit zu einer reinen Glaubensangelegenheit zu machen. Sie hatten, auf dem Boden der Hegelschen Dialektik, bestritten, dass die Logik – die Lehre vom richtigen Denken – verbindlich ist. Vielmehr sei das Denken abhängig von der Klassenzugehörigkeit. Ein Denken, das den Sozialismus ablehnt, sei «bürgerliches» Denken und entlarve den Befürworter des Kapitalismus als voreingenommenen Gegner des Sozialismus.

Der Marxismus lehrt zudem, dass der «dialektische Prozess» notwendigerweise zum Sozialismus führt. Angesichts einer solchen Unentrinnbarkeit des Sozialismus als Ziel und Ende der Geschichte sei es unsinnig, sich mit wissenschaftlichen Untersuchungen über das Wesen des Sozialismus überhaupt befassen zu wollen.

Doch Mises durchbricht den marxistischen Schutzgürtel. Er führt konsequent und unbeirrt wissenschaftliche Überlegungen ins Feld, legt die unüberwindbaren Probleme, die der Durchführbarkeit des Sozialismus entgegenstehen, schonungslos offen.

Zur zentralen Rolle des Privateigentums

Gleich zu Beginn setzt sich Mises in *Die Gemeinwirtschaft* mit der gesellschaftlichen Einrichtung auseinander, die der Sozialismus – gleich welcher Couleur – zu diskreditieren, zu unterwandern und zu zerstören sucht: dem Privateigentum. Es war

insbesondere Jean-Jacques Rousseau (1712–1778), der den Menschen eingeflüstert hat, das Eigentum sei etwas willkürlich Gesetztes, und dass sein Erscheinen (irgendwann in der fernen Vergangenheit) Leid und Konflikt in die Welt gebracht habe.

Mises argumentiert, dass schon der Versuch, das Eigentum durch den Verweis auf geschichtliche Erfahrung rationalisieren oder zurückweisen zu wollen, unsinnig ist. Zwar zeigt die Geschichte, dass die Aneignung von Gütern immer wieder durch gewaltsame Beraubung von Eigentümern, die ihr Eigentum rechtmässig durch Aneignung herrenloser Güter und dem Einsatz eigener Kräfte erworben hatten, erfolgt ist; beispielsweise enteignete der siegreiche Kriegsherr die Besiegten und verteilte deren Güter unter seinem Gefolge. Die einen erhielten dabei mehr, die anderen weniger, und die Unterworfenen hatten das Nachsehen.

In einer freien Marktwirtschaft erweist sich jedoch der Hinweis, das Eigentum sei geschichtlich immer wieder aus Gewaltakten geschaffen worden, als gegenstandslos. Hier lässt sich Eigentum nämlich nur auf drei nicht-aggressiven Wegen erlangen: (1) durch Aneignung von Gütern, die zuvor von niemand anderem beansprucht wurden; (2) durch Produktion und (3) durch freiwilligen Handel. Herrscht freie Marktwirtschaft, so wird Eigentum erworben, wenn ein Anbieter den Verbrauchern besser dient, als es andere tun. Erfüllt jemand mit seinen angebotenen Diensten und Produkten die Nachfragewünsche besser als andere, so wird er Gewinne erzielen und damit Eigentum an Gütern.

In einer freien Marktwirtschaft ist das Erlangen von Eigentum daher kein gewalttätiger Willkürakt (wie es der unkritische Blick auf die geschichtliche Erfahrung nahelegen würde), sondern das Gegenteil ist der Fall: Das Eigentum ist in einer freien Marktwirtschaft das Resultat friedvoller und produktiver Kooperation zwischen Menschen. (Mises' wissenschaftstheoretische Überlegungen werden später noch deutlich machen, dass das Eigentum eine Kategorie des menschlichen Handelns ist, dass man es nicht ohne einen logischen Widerspruch verneinen kann.)

Sozialismus ist hingegen Aggression gegen das Eigentum. Der Sozialismus will das Sondereigentum an den Produktionsmitteln abschaffen. Damit stellt sich zunächst einmal die Frage: Warum soll nur das Sondereigentum der Produktionsmittel abgeschafft werden, warum nicht auch das der Konsumgüter? Konsumgüter gehen mit dem Verzehr unter. Sie werden verbraucht und sind dann nicht mehr nutzbar. Um sie nutzen zu können, muss man über sie physisch verfügen. Man muss (Teil-)Eigentum am Frühstücksbrötchen haben, um es konsumieren zu können. Das Eigentum an Konsumgütern lässt sich nicht beseitigen. Es lässt sich nur anders verteilen, als es bereits verteilt ist.

Anders stehen die Dinge bei den Produktionsmitteln. Sie werden eingesetzt, um Konsumgüter zu erzeugen. Produktionsmittel müssen nicht notwendigerweise Privateigentum sein, sie können prinzipiell auch im Gemeineigentum stehen. Beispielsweise muss man keine Kaffeepflanzung oder Kaffeerösterei besitzen, um eine Tasse Kaffee

zu trinken. Es genügt, wenn andere sie besitzen. Es ist prinzipiell denkbar, dass Kaffeeplantage und Kaffeerösterei sich im Gemeineigentum befinden und man trotzdem in den Genuss einer Tasse Kaffee kommen kann, die man im Laden kauft.

Warum aber sollte man das Sondereigentum an den Produktionsmitteln abschaffen? Diejenigen, die im Sozialismus ein sittliches, ein ethisches Programm erblicken, stützen sich auf folgende Überlegung: «Handle so, dass Du Dich wie jeden anderen auch als Zweck, niemals bloss als Mittel brauchst.» Damit steht und fällt das ethische Argument für den Sozialismus mit der Behauptung, dass in der auf dem Sondereigentum der Produktionsmittel aufgebauten Wirtschaftsordnung alle Menschen oder doch ihre Mehrzahl als Mittel dienen und nicht Zweck des Handels sind. Die Vorstellung ist hier, dass sich die Gesellschaft in Klassen aufteilt: in Besitzer und Nichtbesitzer, in Reiche und Arme.

Doch für die freie Marktwirtschaft – in der auf dem Sondereigentum der Produktionsmittel aufgebauten Gesellschaftsverfassung – gilt das, was der Sozialismus als unethisch anprangert, gerade nicht. Die Menschen stehen hier in einer Wechselwirkung zueinander: Jeder ist Mittel und Zweck zugleich. In einer freien Marktwirtschaft fördert jeder sein Eigenwohl, indem er dem Wohl seiner Mitmenschen dienlich ist:

«Da Gesellschaft nur möglich ist, indem jedermann, sein eigenes Leben lebend, zugleich das der anderen fördert, indem jeder Einzelne Mittel und Zweck zugleich ist, indem jedes Einzelnen Wohlbefinden zugleich die Bedingung für das Wohlergehen der anderen ist, wird der Gegensatz von Ich und Du, von Mittel und Zweck, in ihr überwunden.»

Der Vorwurf des Sozialismus, die freie Marktwirtschaft sei unethisch, lässt sich nicht aufrechterhalten, und damit auch nicht die Forderung der Sozialisten, das Sondereigentum der Produktionsmittel sei aufgrund einer ethisch begründeten Erwägung aufzuheben.

Die Abneigung der Sozialisten gegen das Sondereigentum der Produktionsmittel kann auch nicht dadurch erklärt werden, dass es die existierenden Besitzverhältnisse und die damit verbundenen «Ungerechtigkeiten» zementiert. In einer freien Marktwirtschaft muss der Eigentümer seine Produktionsmittel in den Dienst der Nachfrager stellen. Er muss so gesehen sein Eigentum jeden Tag aufs Neue erwerben. Der freie Markt lenkt das Handeln aller, einschliesslich des Handelns der Eigentümer der Produktionsmittel, dorthin, wo es den Zwecken der Menschen am nützlichsten ist. Nur dann, wenn der Eigentümer seine Produktionsmittel in einer Weise einsetzt, die den Kundenwünschen entspricht, erzielt er einen Gewinn. Gelingt ihm das nicht, macht er Verluste. Seine Produktionsmittel gelangen dann sprichwörtlich in die Hände derjenigen Produzenten, die die Kundenwünsche vergleichsweise besser erfüllen. In einem freien Markt gibt es daher auch keinen unverrückbaren, auf ewig garantierten Besitzstand – wie es etwa im Feudalismus der Fall ist.

Vorprogrammierte Verschwendung von knappen Ressourcen

Auch scheitert das Argument, der Sozialismus könne den materiellen Lebensstandard verbessern im Vergleich zum Kapitalismus. Genau das Gegenteil ist der Fall. Im Kapitalismus ist es den Unternehmern möglich, eine Wirtschaftsrechnung durchzuführen, weil sie auf Marktpreise zurückgreifen können. Ihr Gewinnmotiv stellt sicher, dass sie die Verbraucher mit den Gütern versorgen, die am dringendsten benötigt werden. Völlig anders stehen die Dinge im Sozialismus. Hier ist die Wirtschaftsrechnung ganz und gar unmöglich. Fehllenkung und Verschwendung von knappen Ressourcen sowie wirtschaftliches Chaos und Verelendung sind die unabwendbaren Folgen.

Der Sozialismus ist nicht durchführbar, und selbst sozialistische Programme, die nicht die Zerstörung der gesellschaftlichen Kooperation bewusst anstreben, sondern die eine bessere und höhere Gesellschaftsform schaffen wollen, wirken im Ergebnis gesellschaftsvernichtend. Der Grund ist stets der gleiche: Eine sozialistische Wirtschaft ist unmöglich, weil in ihr die Wirtschaftsrechnung unmöglich ist.

Willkür bei der Verteilung von Gütern

Für die Sozialisten ist die Verteilung – die Entscheidung darüber, wer wie viel von den produzierten Gütern bekommt – das Problem der Wirtschaft schlechthin. In einem kapitalistischen System sorgt der Markt für die Verteilung. Der Unternehmer macht einen Gewinn, wenn die Absatzpreise, welche die Nachfrager für seine Produkte zu bezahlen bereit sind, höher sind als die zur Erstellung der Produkte aufgewandten Kosten. Die Arbeitnehmer erhalten einen Lohn, der dem Wert des von ihnen geleisteten Produktionsbeitrages entspricht. Im Sozialismus muss die Verteilung des Erzeugten anders vonstattengehen, denn hier gibt es keinen Markt. Sie lässt sich grundsätzlich auf vier Arten bewerkstelligen: (1) Jeder erhält die gleiche Menge; (2) jeder erhält das, was er dem Gemeinwesen an Diensten geleistet hat; (3) jeder erhält nach seinen Bedürfnissen; oder (4) jeder wird nach seiner Würdigkeit entlohnt.

Wenn jeder das Gleiche erhält, gibt es keine Unterscheidung zwischen dem Fleissigen und dem Faulen. Der Fleissige würde das Gleiche erhalten wie der Faule. Wollte man bei der Verteilung nach dem Kriterium Fleiss verfahren, muss folglich das Prinzip «Jedem das Gleiche» ausscheiden.

Weil es im Sozialismus keine Wirtschaftsrechnung gibt, ist es auch nicht möglich, die Verteilung nach dem Beitrag vorzunehmen, den ein jeder zur Erstellung der Güter geleistet hat: Man kann nicht den Ergebnisbeitrag der Einzelnen am Gesamterfolg feststellen. Könnte man beispielsweise die geleisteten Arbeitsstunden als geeigneten Verteilungsmassstab wählen? Nein, denn der Wert der geleisteten Arbeitsstunden ist verschieden, je nachdem, wofür sie eingesetzt werden (zur Erstellung dringlicher oder weniger dringlicher Güter) und wer sie geleistet hat (Fachkraft oder Ungelehrter).

Auch die Verteilung nach der Bedürftigkeit ist unmöglich. Dazu muss man wissen, dass der Mensch stets unter Knappheit handelt, dass sich also nicht alle Bedürfnisse vollauf befriedigen lassen. Es wäre daher von zentraler Stelle festzulegen, bis zu welchem Grad die Bedürfnisse eines jeden zu erfüllen sind, aber eine Entlohnung, die den tatsächlichen Bedürfnissen gerecht wird, kann es im Sozialismus nicht geben.

Unmöglich ist es auch, die Würdigkeit des Einzelnen als Grundsatz für die Verteilung zu wählen. Denn wie lässt sich feststellen, was die Würdigkeit ausmacht?

«Die Berücksichtigung der Würdigkeit des Einzelnen bei der Verteilung der Genussgüter würde Tür und Tor der Willkür öffnen und das Individuum schutzlos der Vergewaltigung durch die Mehrheit preisgeben. Man würde damit Zustände schaffen, die das Leben unerträglich machen.»

Man erkennt: Die Verteilung der Güter im Sozialismus muss durch einen Willkürakt erfolgen, egal welcher der obigen Verteilungsgrundsätze oder ob eine Kombination aus ihnen gewählt wird.

Wer aber soll über die Verteilung befinden, die im Sozialismus immer und überall willkürlich sein muss? Das kann nur ein Diktator, eine Gruppe Auserwählter, ein Zentralbüro sein. Diejenigen, die eine solche Verteilungsentscheidung befürworten, haben die Vorstellung, dass der Diktator, das Zentralbüro nach ihren Wünschen verfahren. Sie wollen «ihren Diktator», wollen «ihr Zentralbüro», wollen, dass der Diktator, das Zentralbüro Verteilungsentscheidungen treffen, die sie sich wünschen. Wer aber bekommt die Position des Diktators, wem wird ein Platz im Zentralbüro eingeräumt? Es werden die Ruchlosen, die Rücksichtslosen, die Gewaltbereiten sein, die sich hier durchsetzen. Die Geschichte des Sozialismus bietet dafür reichhaltiges Anschauungsmaterial: Stalin, Hitler, Mao Zedong, Pol Pot. Alle hatten ihre eigene Vorstellung von Verteilungsgerechtigkeit, die sich unterschied von der ihrer Unterworfenen. Sie setzten die Verteilungsentscheidung zu ihrem Machterhalt ein, nicht zur Verwirklichung ethischer Ideale, handelten nicht nach ethischem Prinzip. Vielmehr sorgten sie dafür, dass für unterschiedliche Personen unterschiedliche Regeln galten.

Strategien zur Implementierung des Sozialismus

Die politischen Strategien, mit denen der Sozialismus errichtet werden soll, lassen sich in zwei Gruppen aufteilen: (1) Es gibt solche, die darauf abzielen, den Umsturz der bestehenden Eigentumsordnung gewaltsam und mit einem Schlage herbeizuführen – durch das Verstaatlichen, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. (2) Und es gibt solche, die den Sozialismus mittelbar anstreben, und zwar indem sie die bestehende, auf Sondereigentum an den Produktionsmitteln ruhende Wirtschaftsordnung nach und nach aushöhlen und zerstören wollen. Bei letzteren entzieht der Staat den Eigentümern immer mehr die Verfügungsgewalt über ihr Eigentum, beispielsweise durch Regularien, Ge- und Verbote und Besteuerung.

«Die Entwicklung zum Sozialismus hat sich nicht nur durch formelle Übertragung des Eigentums an den Staat vollzogen. Auch die Beschränkung der Befugnisse des Eigentümers ist ein Mittel der Sozialisierung. Wenn ihm die Verfügungsmöglichkeit stückweise genommen wird, indem der Staat sich immer mehr Einfluss auf die Bestimmung der Richtung und der Art der Produktion sichert und von dem Ertrag der Produktion einen immer grösseren Anteil heischt, so wird dem Eigentümer immer mehr und mehr entzogen, bis ihm schliesslich nur der leere Name des Eigentums bleibt, das Eigentum selbst aber ganz in die Hände des Staates übergegangen ist.»

Diese unmittelbaren und mittelbaren Politikansätze laufen zwar in ihrem Ergebnis auf dasselbe hinaus. Die mittelbaren Bestrebungen zur Herbeiführung des Sozialismus sind jedoch besonders tückisch, weil sie in der Öffentlichkeit meist nicht als solche erkannt werden, oder aber ihr mit falschen Versprechungen schmackhaft gemacht werden.

Verschiedene Spielarten des Sozialismus

Mises arbeitet heraus, dass es keinen wirtschaftlichen Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus gibt: Beide trachten danach, die Produktionsmittel einer zentralen Führung zu unterwerfen, die sie kontrollieren. Der Nationalsozialismus ist eine Form des Sozialismus, wie Mises es später formuliert:

«Man verkennt den Nationalsozialismus, wenn man nicht beachtet, dass er Sozialismus sein will. Nichts ist so irreführend wie die übliche Unterscheidung von ›rechts‹ und ›links‹.»

Der Nationalsozialismus und der Sozialismus stehen sich ideologisch nicht gegenüber, sie stehen auf der gleichen Seite:

«Dass ungeachtet dieser Verwandtschaft die Fehde mit grosser Erbitterung durchgekämpft wird, kann nicht wundernehmen. In jedem sozialistischen Gemeinwesen müsste das Los der politischen Minderheiten unerträglich werden. Wie würde es wohl Nationalsozialisten unter bolschewistischer oder Bolschewiken unter nationalsozialistischer Herrschaft ergehen?»

Mises unterzieht alle Spielarten des Sozialismus – ob es sich nun um Voll- oder Halbsozialismus, Militärsozialismus, Kriegssozialismus, Gildensozialismus, Syndikalismus, kirchlichen Sozialismus oder Planwirtschaft handelt – einer kritischen Analyse und zeigt ihre Sinn- und Zweckwidrigkeit auf.

Beispielsweise fordern die Vertreter des Ständesozialismus, dass es das Privateigentum nur noch dem Schein nach, aber nicht mehr faktisch geben soll. Der österreichische Ökonom Othmar Spann (1878–1950) schrieb dazu in *Der wahre Staat* (1921):

«Es gibt formell Privateigentum, der Sache nach aber nur Gemeineigentum, indem das Privateigentum der Einzelnen auf die Teil-Ganzen (die Stände), das

Eigentum der Teilganzen auf die übergeordneten Ganzheiten (Standesverbände) und zuletzt auf das letzte Ganze, den Staat, hingerichtet ist.»

Der Ständesozialismus degradiert die Menschen zum blossen Verwalter ihres Eigentums. Sie handeln nur noch im Auftrag und auf Anweisung der Obrigkeit, wie es Spann erklärt:

«Das Privateigentum erlangt durch gemeinnützige Beeinflussung das innere Gepräge des Lehens, wenn es auch der Form nach nicht als Lehen gegeben wird, sondern Privateigentum bleibt.»

Im deutschen Nationalsozialismus wurde wie im Ständesozialismus verfahren; Mises sprach hier von «Zwangs-» beziehungsweise «Befehlswirtschaft». Die Nationalsozialisten belassen den Unternehmern grundsätzlich ihr Sondereigentum an den Produktionsmitteln. Gleichzeitig wurden die Unternehmer vom Staat angewiesen, die Produktion auf die Wünsche des Regimes auszurichten. Das funktionierte vor allem deshalb, weil die Nationalsozialisten den Unternehmern die Möglichkeit eröffneten, mit ihrer Produktion Gewinn zu erzielen.

Ein weiteres deutsches Beispiel für eine sozialistische Spielart ist der Hindenburgplan. Paul von Hindenburg (1847–1934) führte die Oberste Heeresleitung von 1916 bis 1918 und übte quasi diktatorische Regierungsgewalt aus. Ab 1916 wurden die Kontrollen des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens verschärft und auf die Kriegserfordernisse ausgerichtet. Die Zwangswirtschaft unterstellte das Sondereigentum der Produktionsmittel dem staatlichen Kommando.

Warum «sozial gerechte» Interventionen in Wahrheit unsozial sind

In *Die Gemeinwirtschaft* benennt Mises eine Reihe von Politikmassnahmen, die damals wie heute in der Öffentlichkeit als «sozial gerecht» angesehen werden, die sich aber bei genauer Betrachtung als sozialistisch und «unsozial» entpuppen. Gewerkschaften etwa haben die ihnen vom Staat zugebilligte Macht, ein Unterbieten der Löhne durch Arbeitswillige, die der Gewerkschaft nicht angehören, zu verhindern. Sie können Streiks organisieren und Streikbrecher abwehren. Die Gewerkschaftsmacht, das Arbeitsangebot beeinflussen zu können, sorgt dafür, dass nicht alle, die arbeiten wollen, auch eine Beschäftigung finden können. Die Folge ist erzwungene Arbeitslosigkeit, das Verschwenden von menschlicher Arbeitskraft. Es ist der gewerkschaftliche Einfluss auf das Lohngefüge, der Umfang und Dauer der Arbeitslosigkeit verantwortet.

In einem freien Markt würde sich der markträumende Lohnsatz durch das Angebot von und die Nachfrage nach Arbeit einpendeln. Das mag zwar zu einem niedrigeren Lohnsatz führen, aber unfreiwillige Arbeitslosigkeit gibt es keine. Der freie Marktlohn stellt sicher, dass alle, die arbeiten wollen, auch Arbeit finden, und dass diejenigen, die Arbeit nachfragen wollen, auch die gewünschte Arbeitsmenge nachfragen können.

Auch die staatliche Sozialversicherungspolitik übt eine destruktive Wirkung auf eine arbeitsteilige, auf Privateigentum aufgebaute Volkswirtschaft aus. Als Beispiel sei die staatliche Arbeitslosenversicherung genannt. Sie ist längst kein Akt der Mildtätigkeit mehr, in der derjenige, der in Not geraten ist, karitativen Beistand erhält, sondern sie ist zu einem harten Rechtsanspruch geworden, den der Berechtigte einklagen kann: Als (Zwangs-)Mitglied in der Arbeitslosenversicherung hat er den rechtlichen Anspruch, dass andere für sein Nichtarbeiten bezahlen müssen. Das muss die Arbeitsmoral der Versicherten beeinträchtigen.

Denn nunmehr ist ihr Anreiz geschmälert, einer Beschäftigung nachzugehen, beziehungsweise sich bei Arbeitsverlust rasch eine neue Stelle zu suchen. Würde der Arbeitslose seine Lohnansprüche herabsetzen, wie es der Arbeitsmarkt verlangt, so würde er auch eine Arbeit finden. Die staatliche Sozialversicherung führt dazu, dass Umfang und Dauer der Arbeitslosigkeit grösser und länger ausfallen, als sie ausfallen würden, wenn es die staatliche Arbeitslosenversicherung nicht gäbe. Besonders problematisch ist dabei, dass der Versicherte den Versicherungsfall selbst herbeiführen kann, beispielsweise weil er seinen Wohnort nicht wechseln will.

Besteuerung als Wegbereiter des Sozialismus

Die Politik der Besteuerung ist ebenfalls ein volkswirtschaftlich schädliches Mittel der Sozialisten, so Mises:

«Die Steuern sollen die Reichen, die Unternehmer, die Kapitalisten, kurz: die anderen bezahlen; die Arbeiter, kurz: die Wähler, auf deren Stimmen es ankommt, sollen steuerfrei bleiben. Alle Massenverbrauchssteuern – auch die auf geistige Getränke – sind abzulehnen, weil sie das Volk belasten. Die direkten Steuern können nicht hoch genug sein, wofür nur das Einkommen und der Besitz der Arbeit frei bleiben.»

Dass die Besteuerung die Leistungsfähigkeit der Produktion schwächt – etwa dadurch, dass es die Kapitalbildung erschwert beziehungsweise entmutigt –, bleibt meist unbeachtet; und auch, dass dadurch der materielle Lebensstandard der Schichten, die die Sozialisten vorgeben zu vertreten, geschädigt wird. Die Politik der Besteuerung wird natürlich auch und vor allem für Steuerungsaufgaben eingesetzt, und auch das schädigt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft:

«Es werden Steuern ausgeschrieben, die als Strafen für als schädlich angesehenes Handeln erscheinen; die Warenhaussteuer soll den Warenhäusern den Wettbewerb mit den kleinen Läden erschweren, die Börsenverkehrssteuer soll die Spekulation hemmen. Die Abgaben werden so zahlreich und mannigfaltig, dass bei allen geschäftlichen Veränderungen in erster Reihe auf die steuerrechtlichen Folgen geachtet werden muss. Zahlreiche wirtschaftliche Möglichkeiten müssen brachliegen gelassen werden, weil ihre Ausnützung die Steuerbelastung so erhöhen würde, dass sie unrentabel werden müssten.»

Die negativen Folgewirkungen spielen damit dem Sozialismus in die Hände: Niedriges Wirtschaftswachstum, geringe Lohnzuwächse und mitunter hohe Arbeitslosigkeit werden der freien Marktwirtschaft, dem freien Unternehmertum angelastet. Stimmen werden laut, der Staat müsse eingreifen, um die Missstände abzustellen, indem er Einkommen und Vermögen «gerechter» umverteilt.

Verheerender Geldsozialismus

Für Mises ist die Inflation eine besonders zerstörerische Folge sozialistischer Politik. Inflationäres Geld erschwert die Wirtschaftsrechnung oder macht sie gänzlich unmöglich. Inflation sorgt für «Scheingewinne» in der Kosten- und Bilanzrechnung der Unternehmen, wo eine Wertrechnung mit nicht-inflationärem Geld Verluste ausgewiesen hätte. Daraufhin stellt sich Kapitalverzehr ein: Inflation ermuntert Unternehmer, ihrem Unternehmen zu viel aus der Substanz zu entnehmen und zu wenig zu reinvestieren.

Inflation hemmt zudem das Sparen und die Investitionen, und damit erschwert sie den Aufbau des Kapitalstocks. Das wiederum lässt die (künftigen) Einkommen geringer ausfallen – verglichen mit einer Situation, in der es keine Inflation gegeben hätte.

Inflation sorgt vor allem auch für eine nicht-marktkonforme Umverteilung von Einkommen und Vermögen. Vor allem aber muss eine Inflationspolitik früher oder später enden, und dann sorgt sie für eine Wirtschaftskrise. Mises bringt es mit den Worten auf den Punkt:

«Das letzte Wort des Destruktivismus ist die Inflation.»

Das Wesen des Sozialismus ist die Zerstörung

Am Ende von *Die Gemeinwirtschaft* kommt Mises zu folgendem Schluss:

«Der Sozialismus ist in Wahrheit nicht das, was er zu sein vorgibt. Er ist nicht Wegbereiter einer besseren und schöneren Zukunft, sondern Zertrümmerer dessen, was Jahrtausende der Kultur mühsam geschaffen haben. Er baut nicht auf, er reisst nieder. Nach dem Erfolg seines Wirkens müsste man ihm den Namen Destruktivismus geben. Denn sein Wesen ist die Zerstörung. Er bringt nichts hervor, er zehrt nur auf, was die auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhende Gesellschaftsordnung geschaffen hat. Da es sozialistische Gesellschaftsordnungen nicht geben kann, es wäre denn als ein Stück Sozialismus inmitten einer im Übrigen auf dem Sondereigentum beruhenden Wirtschaftsverfassung, muss jeder Schritt, der zum Sozialismus hinführen soll, sich in Zerstörung des Bestehenden erschöpfen.»

Der Weg in den Sozialismus ist – anders als die Marxisten behaupten – alles andere als vorbestimmt. Es gibt keine Unentrinnbarkeit vor dem Sozialismus. Welche

Richtung die gesellschaftliche Entwicklung nimmt, ob sie dem Sozialismus anheimfällt oder aber das freie Marktsystem bewahrt, hängt vielmehr davon ab, ob die Einsichten in die Unmöglichkeit des Sozialismus Gehör und Akzeptanz finden.

Wer die Probleme des Sozialismus geflissentlich ignoriert, wird die Übelstände, für die er sorgt (wie zum Beispiel Rezession und Arbeitslosigkeit), dem Kapitalismus zuschreiben und Besserung von sozialistischen Politiken erwarten. Er wird, wenn er an der sozialistischen Irrlehre unbeirrt festhält, die Misserfolge des Sozialismus allen möglichen Ursachen zuschreiben, aber nicht den Unzulänglichkeiten des Sozialismus selbst. Nur die besseren Ideen des Kapitalismus und Liberalismus können den Sozialismus überwinden:

«Ideen können nur durch Ideen überwunden werden. Den Sozialismus können nur die Ideen des Kapitalismus und des Liberalismus überwinden. Nur im Kampfe der Geister kann die Entscheidung fallen.»

Im Januar 1932, im Vorwort zur zweiten, umgearbeiteten Auflage von *Die Gemeinwirtschaft*, knüpft Mises – in Vorahnung düsterer Zeiten – das Wohl und Wehe der Welt an das Fortbestehen des Liberalismus:

«Mehrere Menschenalter einigermaßen liberaler Wirtschaftspolitik haben den Reichtum der Welt gewaltig gemehrt. Der Kapitalismus hat die Lebenshaltung der Massen auf einen Stand gehoben, den unsere Vorfahren nicht ahnen konnten. Interventionismus und die auf Herbeiführung des Sozialismus gerichteten Bestrebungen sind seit einigen Jahrzehnten am Werke, das Gefüge der arbeitsteilenden Weltwirtschaft zu zertrümmern. Wir stehen am Rande eines Abgrundes, der unsere Zivilisation zu verschlingen droht. Ob die menschliche Kultur für immer untergehen oder ob in letzter Stunde noch gelingen wird, die Katastrophe zu vermeiden und auf den einzigen Weg, der Rettung bringen kann, den Weg zu der auf rückhaltloser Anerkennung des Sondereigentums an den Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaftsordnung, zurückzufinden, wird von den Ideen abhängen, die das Geschlecht erfüllen werden, das in den kommenden Jahrzehnten zu wirken berufen ist.»

Mises schliesst sein Werk, indem er seine Leser nicht nur mit einem Hoffnungs-schimmer zurücklässt, sondern indem er ihnen auch die Rezeptur zur Verbesserung der Lage mit auf den Weg gibt:

«Dass die Meinung, der Sozialismus müsse kommen, weil die Entwicklung der Gesellschaft mit Notwendigkeit zu ihm hinführe, nicht aufrechtzuerhalten sei, konnte in den vorstehenden Abschnitten dieses Buches gleichfalls gezeigt werden. Die Welt nähert sich dem Sozialismus, weil die grosse Mehrzahl es will; sie will es, weil sie den Sozialismus für eine höheren Wohlstand verbürgende Gesellschaftsordnung hält. Tritt in dieser Auffassung ein Wandel ein, dann ist es um den Sozialismus geschehen.»



Impressum

Liberales Institut
Hochstrasse 38
8044 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
institut@libinst.ch

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie auf
www.libinst.ch.

Disclaimer

Bei diesem LI-Paper handelt es sich um einen leicht abgewandelten Auszug aus dem Buch von Thorsten Polleit mit dem Titel «Ludwig von Mises: Der kompromisslose Liberale» (2022, Finanzbuch Verlag).

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.
Copyright 2022, Liberales Institut.